

Antragstitel: „Neue Anreize setzen, um den Lehrmangel an den Schulen NRWs zu bekämpfen“

Antragsteller: Oliver Zengoski, Dr. Carina Weimann, Mathias Lambert, Dr. Marek Jenöffy, Stephan Meyer, Moritz Eschmeier, Machteld Fölster, Barbara Pietrus (AK Bildung, Schule, Forschung, Wissenschaft und Kultur)

Der Kreisparteitag möge folgenden Antrag beschließen und dem kommenden Landesparteitag als Beschlussvorlage vorlegen:

In Ergänzung zu der vor einigen Jahren in Kraft getretenen Regelung, nämlich die Gewährung einer sog. „Brennpunkt-Zulage“, damit Lehrkräfte einen Anreiz haben, sich an Schulen mit besonderen Herausforderungen zu bewerben, spricht sich die NRW-FDP für weitere Anreize bzw. Instrumente aus, um den Lehrermangel gerade an Schulen mit besonderen Herausforderungen zu bekämpfen.

Neben der Möglichkeit einer Zulage sollte den Lehrkräften mit niedriger Erfahrungsstufe eine weitere Option unterbreitet werden: In den ersten Jahren, unmittelbar nach Beginn einer Tätigkeit an einer Schule mit besonderen Herausforderungen, eine geringere Unterrichtsverpflichtung nachkommen zu müssen, bei vollen Lohnbezügen.

Denkbar wäre eine Regelung, das wöchentliche Lehrdeputat um 20% zu kürzen. (beispielsweise bei 25,5 Stunden auf 20,5 Stunden resp. 28 Stunden auf 22,5 Stunden)

Dieses Instrument ließe sich variabel ausgestalten.

Ein solches Instrument sollte nach den Grundprinzipien der freien Marktwirtschaft von Angebot und Nachfrage seine Anwendung finden. Den Lehrkräften sollte es freistehen, sich zwischen der Entgeltregelung oder der Lehrdeputatsregelung zu entscheiden. Diese Regelung würde gleichermaßen sowohl für verbeamtete wie für angestellte Lehrkräfte gelten.

Begründung:

Der Lehrermangel an Schulen mit besonderen Herausforderungen besteht nach wie vor. Trotz der Umsetzung und Anwendung eines Entgeltinstruments - in Form einer Zulage von 350€ monatlich - konnte dieses Problem nicht hinreichend gelöst werden. Ganz im Gegenteil. Die sog. „Brennpunkt-Zulage“ erweist sich als nicht attraktiv genug für Lehrkräfte, ihren Dienst an einer Schule mit besonderen Herausforderungen anzutreten. Die NRW-Schulministerin musste

47 im Dezember vergangenen Jahres in einem Interview mit der WAZ einräumen:
48 „Die Brennpunkt-Zulage“ (für die Dauer von 30 Monaten) verfehlte bislang ihre
49 Wirkung. Im Jahr 2023 hätten lediglich 30 neu eingestellte Pädagogen von die-
50 ser Möglichkeit Gebrauch gemacht, für 350€ zusätzlich an Schulen mit beson-
51 deren Herausforderungen zu unterrichten.

52 Aus diesem Grund sollte das Instrumentarium erweitert und verbessert werden.
53 Das Angebot eines auf Zeit begrenzten, verringerten Lehrdeputats bei vollen
54 Bezügen stellt eine solche Alternative dar. Mehr Freizeit statt mehr Geld kann
55 für Beschäftigte ein entscheidender Faktor sein, um eine bestimmte Stelle anzu-
56 treten. Der Trend und der Wunsch - gerade bei jüngeren Arbeitnehmern - zu
57 mehr Freizeit ist unübersehbar. Dies belegen mittlerweile viele Berichte und
58 Studien.

59 Zudem würden auch Lehrkräfte, die schon im Schuldienst tätig sind, von solch
60 einem Angebot profitieren, sofern sie die Bereitschaft haben, an eine Schule mit
61 besonderen Herausforderungen zu wechseln.

62 Das Instrument der Lehrdeputatsregelung bietet eine ausgesprochene Flexibili-
63 tät, was die Dauer und die Höhe der Ausgestaltung des verringerten Lehrdepu-
64 tats betrifft. Je nach Angebot und Nachfrage kann die Ausgestaltung variiert
65 werden.

66 Lehrkräfte an Brennpunktschulen stehen vor besonderen zeitlichen und psychi-
67 schen Belastungen. Die Deputatsabsenkung ist insofern konsequent.

68

69

70